Abschottung beenden, Roma schützen

Abschottung beenden, Roma schützen

Zum bundesweiten Tag des Flüchtlings am 26. September 2014 erklärt Simone Peter, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
"Angesichts der Krisenherde in der Welt, die immer mehr Menschen zur Flucht zwingen, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik. Europa darf nicht länger auf Abschottung und Ausgrenzung setzen, sondern muss jetzt schnell und unbürokratisch die Aufnahme Not leidender syrischer und irakischer Flüchtlinge organisieren. Es ist ein Skandal, dass in diesem Jahr bereits mehr als
2000 Flüchtlinge vor den Küsten Europas ertrinken mussten und Flüchtlinge wegen des unsäglichen Dublin-II-Verfahrens in Europa hin und her geschoben werden. Wir brauchen bessere Zugangswege und ein einheitliches Asylsystem in Europa. Hierfür muss sich die Bundesregierung vehement einsetzen, statt die Verantwortung auf Nachbarländer abzuwälzen.
Dazu gehört auch, der Verantwortung für die besonders diskriminierte Gruppe der Roma Rechnung zu tragen. Sie sind nach wie vor in ihren Heimatländern massiver Ausgrenzung und brutalen Übergriffen ausgesetzt.
Die restriktiven Regeln des deutschen Flüchtlingsrechts, die diese Bedrohung ignorieren, müssen geändert und neue Wege für die Aufnahme von Roma geöffnet werden. Deutschland sollte sich ein Beispiel an europäischen Nachbarn nehmen, in denen es eine sehr viel höhere Anerkennungsquote für schutzsuchende Roma gibt."

Bündnis 90/Die Grünen
Platz vor dem Neuen Tor 1
11015 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/28442130
Telefax: 030/28442234
Mail: presse@gruene.de
URL: http://www.gruene-partei.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=576115" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen.Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten.Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen.Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben.Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen.Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.